

05.11.92

**Antrag**

des Freistaates Bayern

EntschlieBung des Bundesrates zur Bekämpfung des Gewaltextremismus  
und der Ausländerfeindlichkeit

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT  
B III 1

München, den 5. November 1992

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Präsident!

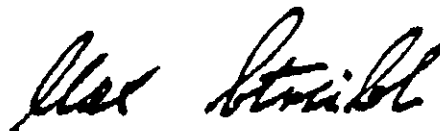
Beiliegend übermittle ich einen Antrag des Freistaats Bayern für eine

EntschlieBung des Bundesrates zur Bekämpfung des Gewalt-  
extremismus und der Ausländerfeindlichkeit

Auch die Bayerische Staatsregierung hält es - wie die Hessische Landes-  
regierung - für angemessen, daß der Bundesrat als Verfassungsorgan zu den  
Notwendigkeiten der Bekämpfung des Gewaltextremismus und der Ausländer-  
feindlichkeit Stellung nimmt.

Ich bitte daher, den Antrag gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung un-  
mittelbar auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesrates am  
6.11.1992 zu setzen und bereits in dieser Sitzung die Beschlußfassung  
über den EntschlieBungsantrag herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Entschließung des Bundesrates zur  
Bekämpfung des Gewaltextremismus und der  
Ausländerfeindlichkeit

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat verurteilt die gewalttgigen Ausschreitungen radikaler Minderheiten gegen Ausländer sowie die Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Sttten des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Er drückt den Opfern dieser verabscheuungswürdigen Straftaten und deren Angehörigen seine Anteilnahme aus. Diese Vorkommnisse sind des demokratischen Deutschlands unwürdig und für seine rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger unerträglich.
2. Der Bundesrat hält es für erforderlich, daß unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten von Polizei und Strafverfolgung die Würde, das Leben und die körperliche Unversehrtheit aller Menschen geschtzt wird, die sich auf deutschem Boden aufhalten.

Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, dem zunehmenden Extremismus zu begegnen und Schaden vom demokratischen Rechtsstaat abzuwenden. Der Herausforderung durch den Terrorismus in den 70er Jahren sind sie entschieden und gemeinsam begegnet. Gemeinsames Handeln ist auch jetzt geboten.

3. Den Ursachen der wachsenden Gewaltbereitschaft vor allem junger Menschen, wozu nicht selten Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste gehören, muß begegnet werden. Eine glaubhafte Auseinandersetzung mit den Sorgen und Bedürfnissen junger Menschen, vor allem aber der zügige Aufbau

geordneter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse in den neuen Ländern, kann dazu beitragen, daß extremistischen Bestrebungen der Boden entzogen wird.

Bund, Länder und Kommunen, vor allem aber auch Kirchen, Medien, Verbände und Träger der Jugendarbeit sind aufgefordert, unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen der zunehmenden Radikalisierung zu begegnen.

4. Der Bundesrat hält insbesondere folgende Maßnahmen für erforderlich, um den andauernden fremdenfeindlichen Ausschreitungen wirksam zu begegnen:
- Verbesserung der polizeilichen Effektivität zur Verfolgung fremdenfeindlicher Kriminalität, u.a. verstärkte Nutzung der Möglichkeiten des Ordnungswidrigkeitengesetzes und des Versammlungsrechts sowie konsequente Anwendung der jeweiligen Landespolizeigesetze.
  - Beschleunigung der Strafverfahren und zeitnahe Strafvollstreckung nach rechtskräftiger Verurteilung.
  - Verbesserung des Erkenntnisstandes der Verfassungsschutzbehörden aller Länder über rechtsextremistische Gruppierungen.
  - Untersuchung möglicher Querverbindungen zwischen rechtsextremistischen Skinheads und rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien.
  - Intensivierung der Aufklärung über die Gefahren des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit.
  - Effektive Maßnahmen gegen den nicht mehr hinzunehmenden Asylmißbrauch
  - Verbesserung der Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung von Gewalttaten in Zusammenhang mit Gewalt auf der Straße.

5. Der Bundesrat appelliert eindringlich an jeden Einzelnen, sich deutlich von allen Arten des Extremismus und der Ausländerfeindlichkeit zu distanzieren, nicht wegzuschauen, sondern sich vor die bedrohten Menschen zu stellen und dadurch einen Beitrag für den Erhalt der demokratischen Grundwerte zu leisten.

06.11.92

## **Beschluß**

**des Bundesrates**

### Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung des Gewaltextremismus und der Ausländerfeindlichkeit

- Antrag des Freistaates Bayern -

Der Entschließungsantrag hat sich durch Annahme der Entschließung des Bundesrates zu den Ausschreitungen und Anschlägen radikaler Minderheiten in der 648. Sitzung des Bundesrates am 6. November 1992 (siehe Drucksache 770/92 (Beschluß)) erledigt.